

## Generation, Wissen, Freiheit

Die Arab Human Development Reports der Vereinten Nationen

von Wolfgang G. Schwanitz

**Drei arabische Berichte über die Entwicklung des menschlichen Potenzials in Mittelost liegen inzwischen vor. Dieser Tage erscheint der vierte Arab Human Development Report über die Lage der Frauen. Zeit, einen Überblick über die bisherigen Ergebnisse und Probleme zu geben.**



**United Nations Development Programme (UNDP):**  
*Arab Human Development Report 2002: Creating Opportunities for Future Generations.*  
Oxford University Press 2003.  
168 Seiten,  
\$ 23.

In Mittelost gibt es wenige Berichte, die mit den jüngsten Berichten der Vereinten Nationen vergleichbar wären. In Ägypten trat 1986 eine Autorengruppe um Sayyid Yasin am Kairoer Al-Ahram-Zentrum für Politische und Strategische Studien erstmals durch einen Arabischen Strategischen Jahresbericht hervor. Nach der Jahrtausendwende kam der Bericht über die strategischen Wirtschaftstendenzen hinzu. Da diese Reihe nur auf Arabisch erschienen ist, traf sie außerhalb der Region auf ein geringes Echo. Wer wissen will, wie Araber die Perestroika, den Islamismus oder den Terrorismus im Jahrzehnt des Übergangs zu einer neuen Weltordnung untersucht haben, wird hier aus einer vorrangig auf Ägypten und Mittelost zentrierten Sicht fündig.

Damit ist auch das Problem dieser Berichte genannt. Sie sind – erstellt vor allem durch Ägypter, Jordanier und die Arabische Liga – letztlich arabische Berichte für Araber, die zwar auch die nichtarabischen Regionalfälle Türkei, Israel und Iran behandeln, aber ihnen doch insgesamt nicht gerecht werden.

Anders sind nun die drei neuen Berichte. Zuerst auf Arabisch, dann auf Englisch erschienen, deuten ihre Untertitel auf die Themen hin: Chancen für die nächsten Generationen, Aufbau einer Ordnung des Wissens und die Freiheit im arabischen Raum. Im Zentrum steht das menschliche Potenzial, eine Idee aus dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, das seit Anfang der neunziger Jahre regio-

nale, subregionale und nationale Berichte zum arabischen Raum fördert.

Ein Jahrzehnt später wurden nun übergreifende regionale Probleme unter dem Aspekt des menschlichen Entwicklungspotenzials in den 22 arabischen Ländern von Mauretanien über Ägypten bis zu den Golf-Staaten ausgelotet. Der erste Bericht kam 2002 heraus, der dritte für 2004 ist voriges Jahr erschienen. Dies war auch überragend: Der arabische Raum fiel im vorigen Jahrhundert nicht nur auf den Stand des subsaharischen Afrikas zurück, auch sind Regionen in Asien, die ebenso eine koloniale Erfahrung durchlaufen haben, längst an der arabischen Region vorbeigezogen.

### Der Generationsreport

Den Bericht zur Schaffung von Möglichkeiten für kommende Generationen verfasste eine Gruppe arabischer Autoren unter Leitung von Rima Khalaf Hunaidi, dem Regionaldirektor für arabische Staaten im Entwicklungsprogramm der UN. Dieser Bericht musste erst einmal die Grundlagen schaffen. In Kapitel eins wird dargelegt, was menschliche Entwicklung ist und wie sie gemessen werden kann. Dazu zitieren die Autoren den arabischen Historiker Ibn Khaldun, der dieses Thema im Mittelalter berührt hat, und stellen ihn in eine Reihe mit Ökonomen wie William Petty, Antoine Lavoisier, Adam Smith und Karl Marx. Dies wirft natürlich die Frage auf, warum Ibn Khaldun in Arabien selbst keine Meisterschüler hatte.

Der Generationsreport bietet viele wichtige Einsichten. Zum Beispiel heißt es dort, dass Humanentwicklung und Menschenrechte einander synergetisch verstärken. Sie haben einen gemeinsamen Nenner, nämlich die menschliche Freiheit. Am Beginn des dritten Jahrtausends führe nur Wissen auf die Straße der Entwicklung und der Befreiung. Es werden fünf Typen der Freiheit identifiziert:

- politische Freiheit mit dem Recht, sich politisch zu äußern, die Behörden zu überprüfen, zu kritisieren und sich einer unzensurierten Presse zu erfreuen;
- wirtschaftliche Freiheit, Einkommensquellen zu schaffen und die Möglichkeiten der Verteilung des Einkommens zu erweitern;
- soziale Möglichkeiten im Hinblick auf Bildung und Gesundheit, die dem Einzelnen Ausblicke auf ein besseres Leben ermöglichen;
- Garantien auf Transparenz, die auch die soziale Interaktion zwischen Individuen mit Blick auf Angebot und Nachfrage regeln;
- geschützte Sicherheit, also gesellschaftliche Schutzsysteme für gefährdete soziale Gruppen.

Zuweilen lesen sich die Abschnitte wie lange Wunschlisten, deren Formulierung es gelegentlich an Klarheit gebracht. Doch zum einen musste ein Konsens über den ersten Schritt gefunden werden. Zum anderen sollte sich der Leser immer wieder die vorherrschenden Verhältnisse in der arabischen Region vor Augen führen. Drei große Defizite nennt der Report: an Freiheit, an Mitbestimmung für Frauen und an Zugang zu Wissen unabhängig vom Einkommen. Demokratie und Zivilgesellschaft werden als anzustrebende Ziele vorgestellt. Ein gewaltiger Schritt, wenn man bedenkt, welchen Einfluss der italienische Faschismus, der Nationalsozialismus

und der Stalinismus in dieser Region hatten. Davon verabschieden sich die Autoren nunmehr, wenn auch noch ab und an Floskeln und Muster aus der Ära des arabischen Radikalismus durchscheinen.

Freilich sind die im Report aufgezeigten Daten und Tabellen niederschmetternd. In fast allen Punkten – etwa Freiheitsindex, Internet, Lage der Frauen – bildet der arabische Raum das weltweite Schlusslicht. „Die arabische Region“, heißt es, „hat das geringste Zugangsniveau zur Informations- und Kommunikationstechnologie aller Erdregionen, es ist sogar niedriger als im subsaharischen Afrika.“

Sicher fiel es den Autoren nicht leicht, eine optimistische Balance zwischen Ist und Soll zu finden. Sie verweisen hier und da auf Inseln des Fortschritts wie Dubais Web-Paradies, die Beiruter Deklaration der Gerechtigkeit oder jüngere Formen der Frauenbeteiligung. Alles in allem zeichnen sie allerdings ein eher nüchternes Bild. Und sie stehen für eine neue Tendenz, die sich in Ägypten, Marokko und Jordanien seit kurzem zeigt: nicht immer Amerika, Israel oder Europa zu beschuldigen, wenn es um hausgemachte Probleme und das Versagen der eigenen Eliten geht. Lediglich zwei Ausnahmen fallen hierbei ins Auge: zornige Worte der palästinensischen Politikerin Hanan Ashrawi über Palästinas Perspektive und der Text über die Kinder im Irak, die angeblich Opfer der UN-Sanktionen gegen Saddam Husseins Regime geworden seien.

Im ersten Fall gäbe es historisch manches zum Versagen der palästinensischen Führer zu sagen. Nicht wenige von ihnen, wie der Gründer der Nationalbewegung Palästinas und Großmufti von Jerusalem Amin al-Husaini, suchten sehr aktiv die Allianz mit den Nazis und entwickelten den islamistischen Antisemitismus und Dschihadismus



**United Nations Development Programme (UNDP):**  
*Arab Human Development Report 2003: Building a Knowledge Society.*  
Oxford University Press 2004.  
230 Seiten, \$ 23.

weiter, die dem ursprünglichen Islam fremd waren. Diese Ideologien sind noch längst nicht überwunden. Eine Auseinandersetzung damit würde helfen, eine vernünftige Einstellung gegenüber Israel zu finden. Dieser Generationsreport leistet dazu jedoch wenig. Im zweiten Fall mag der Leser inzwischen hinreichende Erkenntnisse über das Bagdader Regime erlangt haben, um beurteilen zu können, wer hier die Kinder Iraks einem zynischen Propagandaspiel ausgesetzt und dabei sogar noch einige Vertreter der Vereinten Nationen korrupt hat. Schade, dass solcherlei Rückfälle im Generationsreport vorkommen.

### Der Wissensreport

Die Autoren weisen mit Stolz darauf hin, dass der vorherige Report durch das *Time Magazine* als einflussreichste Publikation des Jahres 2002 gewürdigt wurde. Konnte der Wissensreport daran anknüpfen? Nein, und dies aus zweierlei Gründen. Sein Anspruch ist es, „die wichtigsten Prozesse der arabischen Humanentwicklung seit dem Vorjahr“ zu überschauen. Wer je mit Jahresberichten befasst war, weiß, dass ein Jahr eine viel zu kurze Zeitspanne für die Beurteilung historischer Entwicklungen ist. Leicht werden dabei konjunkturelle Momente zu dauerhaften Trends stilisiert.

Der zweite Grund: Erstmals werden der 11. September 2001 und der Krieg gegen den Terrorismus angesprochen. Der Bericht beginnt recht polemisch mit einer Art „Sündenregister“ dieser neuen Ära: Antiterrorgesetze hätten über das Ziel hinausgeschossen; der Austausch zwischen dem arabischen Raum und dem Westen habe nachgelassen (zum Beispiel sank die Zahl der arabischen Studenten in Amerika zwischen 1999 und 2002 um 30 Prozent); die Arabische Charta gegen den Terrorismus habe

den Vorwand für neue Restriktionen geliefert; Israel habe palästinensische Gebiete wiederbesetzt; eine von Amerika angeführte Koalition habe den Irak okkupiert. Im Unterschied zu den Versuchen, den arabischen Raum von außen zu strukturieren, will dieser Report dazu beitragen, eine strategische Vision der Umstrukturierung von innen zu entwickeln.

Letzteres klingt gut, jedoch gestalten Globalisierung und Informationsströme das Verhältnis zwischen innen- und außengeleiteten Momenten wesentlich komplexer. Der Bericht liefert dafür ein schönes Beispiel: Im arabischen Raum gibt es 18 Computer auf 1000 Menschen (weltweiter Durchschnitt 78), und lediglich 1,6 Prozent der Araber haben Zugang zum Internet. Doch selbst diese verschwindend kleine Zahl kann lawinenartige Prozesse auslösen. Wer denkt da nicht an den „arabischen Frühling“ und die Menschen, die ihren Zorn über die Verhältnisse in friedlichen Demonstrationen von Kairo über Beirut bis Kuwait auf die Straße getragen haben? Dem sind oft virtuelle Kampagnen im Web vorausgegangen. Also kann selbst jene geringe Dichte an Computern mit Internetzugang große Folgen haben.

Zwei Neuerungen fallen beim Wissensreport auf. Er hat ein Executive Summary, das, wie angedeutet, ein wenig emotional aufgeladen ist. Wer davon auf den zweiten Blick absehen kann, wird in dem Bericht viele lohnende Ideen und Ansätze finden. Zudem hat er eine ausführlichere Bibliographie. In ihr ragt dreierlei heraus: Sie verweist auf das reiche arabischsprachige Erbe, darunter das Werk des mittelalterlichen Gelehrten Ibn Ruschd und des ägyptischen Aufklärers Rafia Rafi at-Tahtwai, der 1849 für fünf Jahre nach Paris ging und eine Übersetzung der französischen Verfassung von 1814 ediert hat, sowie Werke der

modernen islamischen Reformen Muhammad Abduh aus Ägypten und Djamal ad-Din al-Afghani aus Afghanistan. Zweitens wird der Vereinte Wirtschaftsbericht der Arabischen Liga angeführt. Drittens ist ein Verweis auf den englischen Amnesty-International-Bericht „Israel and the Occupied Territories, Away from the Eyes of the World: The Israeli Defence Force in Jenin and Nablus“ enthalten. Angesichts des kritisierten mangelnden Informationszugangs in der arabischen Welt hätten mehr Verweise auf Israel näher gelegen.

Der Wissensreport prangert die verbreitete Zensur und die geringe Buchproduktion an (1,1 Prozent der Weltproduktion). Führt man sich vor Augen, dass sich Gutenbergs Drucktechnik in Europa innerhalb von nur zwei Jahrzehnten ausbreitete, während dies in Arabien vier Jahrhunderte brauchte, dann wird deutlich, wo historische Defizite wurzeln. Und wozu soll es gut sein, im Bericht den Abzug intellektueller Kapazitäten zu beklagen? Abgesehen davon, dass es heute zum Bestandteil eines Forscherlebens zählt, in den Zentren der weltweiten Wissensproduktion zu wirken, lenkt die Klage nur vom heimischen Misstand ab. Motto: Der Westen ist am „Arab Brain Drain“ schuld. Aber unter Nobelpreisträgern finden sich kaum arabische Namen, und wenn doch, dann handelt es sich – vom Ägypter Nagib Machfus (Literaturnobelpreis) einmal abgesehen – um Emigranten, die in Amerika leben.

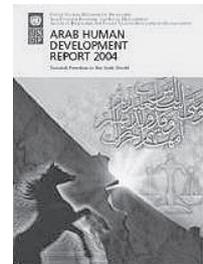
Auf den zweiten Blick kommt der Wissensreport doch dem Niveau seines Vorgängers nahe. Die Wissensgesellschaft soll den Autoren zufolge auf fünf Säulen ruhen. Dazu zählen das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Versammlungsfreiheit. Gute Erziehung und lebenslanges Lernen folgen. Dann werden die Indigenisie-

rung des Wissens und Universalisierung von Forschung und Entwicklung genannt. Nun folgt der schwierigste Punkt. Demnach soll ein authentisches und aufgeklärtes arabisches Modell des Wissens entstehen. Aber wie sollte das zum Beispiel bei den Computerwissenschaften oder in der Medizin, mit ihren zahlreichen lateinischen Fachtermini, aussehen?

### Der Freiheitsreport

Dem jüngsten Bericht vorangestellt ist das erfrischende und zugleich problematische Motto, dass die Selbstreform aus der Selbstkritik heraus der einzig gangbare Weg in eine vorwärtsgewandte und unabhängige Region ist. Aber wie unabhängig kann ein Raum heute sein? Der springende Punkt sind doch die wechselseitigen Abhängigkeiten und die Asymmetrien in solchen Verhältnissen. Eine interessante Einlassung gibt es im Resümee des Wissensreports. Es wird dort gefordert, ein authentisches, offenes und aufgeklärtes Modell des arabischen Wissens zu entwickeln. Nur: Wie „arabisch“ kann denn Wissen sein? Man sollte doch meinen, dass es nur universelles Wissen (mit regionalen Wurzeln) gibt. Es folgt außerdem die Aufforderung, zur reinen Religion zurückzukehren. Sie möge frei von politischem Missbrauch sein und sich um den Idschtihad gruppieren. Darunter verstehen die Autoren eine unabhängig interpretierende Gelehrsamkeit. Das ist ein produktiver Ansatz, zumal sie die kulturelle Verschiedenartigkeit der Region als den zu fördernden Reichtum sehen und nahe legen, sich anderen Kulturen zu öffnen. Dennoch bleibt es fraglich, ob es nach all der Politisierung und dem Radikalismus des 20. Jahrhunderts je ein Zurück zur reinen Religion geben kann.

Ferner wird die Frage der Minderheiten in Mittelost gestellt. In einer Fußnote heißt es, der im Freiheitsre-



**United Nations Development Programme (UNDP):**  
*Arab Human Development Report 2004: Towards Freedom in the Arab World.* Stanford University Press 2005. 248 Seiten, \$ 25,95.

port benutzte Begriff „Araber“ beziehe alle Bürger Arabiens mit ein. Doch Armenier, Türken, Berber oder Kurden wären verwundert, zählte man sie zu den Arabern. Künftige Reports müssen die ethnischen Gruppen genau benennen und in allen Aussagen viel stärker differenzieren. So wäre auch zu ermitteln, ob und welche Konzepte es für eine Bürgerschaft in den verschiedenen historischen Traditionen gibt. Denn der Ausdruck „Arab citizens“ wird hier allzu unbenommen benutzt. Gerade die Idee der „citizenship“ im historisch antiken und aktuell zivilisatorischen Sinn scheint ja unentwickelt zu sein.

Der Freiheitsreport zieht eine Bilanz der Entwicklung seit 2003 und zeigt diverse Wege auf, die Freiheit und eine verantwortliche Regierung zu stärken. Die Gliederung des Berichts ist unübersichtlich, die Logik seines Aufbaus erschließt sich dem Leser recht schwer. Darüber hinaus gibt es auch in diesem Bericht wieder Licht und Schatten. Stärker als zuvor werden Amerika und Israel an den Pranger gestellt. Ersteres vor allem wegen der Invasion des Iraks, so dass der Eindruck entstehen könnte, die Autoren trauerten dem alten Regime nach. Alles, was nach dem Krieg kam, wird abgewertet; eine Chance für den Irak sieht dieser Bericht nicht. Israel wird vor allem wegen der Politik in Palästina und dem Bau des Zaunes oder der Mauer, die eine Barriere gegen terroristische Anschläge darstellt, kritisiert. Selbst wenn mancher Einwand berechtigt ist, versäumen es die Autoren oft, die Ursachen zu erhellen, die Israel zu diesem Schritt veranlasst haben. Fahren die Autoren bei ihren künftigen Berichten so fort, widersprechen sie ihrem Freiheitsanliegen. Denn dazu gehört, fair die Beweggründe der anderen Seite ins Bild zu rücken.

Der Freiheitsbericht hat eine ausgelegenerere Bibliographie, die nicht nur arabische Titel angibt, sondern auch englische und französische Literatur. Manches entspricht dabei nicht dem Standard. Vornamen wurden oft nicht aufgeführt und Titel falsch übersetzt. Die Transliteration lässt zu wünschen übrig. Diesmal sind einige Links zu Websites angegeben. Hilfreich ist der Dokumententeil. Ein Manko ist dass häufig Quellenangaben fehlen.

Es wäre erfreulich, wenn die Autoren in kommenden Reports auch folgenden Fragen nachgehen würden: Welche Vision gibt es für Mittelost nach der Erdölzeit? Wie geschützt und einbezogen sind Minderheiten? Wie kam es, dass eine so reiche Zivilisation den Selbstmord-Terror in seiner heutigen Form ausgebrütet hat? Der Weg des Iraks vor und nach 2003 muss sachlicher erforscht werden. Zudem sollten kommende Reports auch die nichtarabischen Länder der Region besser behandeln: Zu Israel wäre ein ehrlicher und selbstkritischer Report an der Zeit, der sich endlich von der Opfermentalität und dem Blame game befreit. Zu erörtern wären die arabische Rezeption des Holocaust und die historischen Allianzen mit den totalitären Regimen in Europa. Die Türkei wäre stärker zu beachten, da sie historisch und aktuell als islamische Demokratie einen besonderen Erfahrungsschatz gesammelt hat, sowie der Iran, der bislang die einzige islamische Revolution durchlief, mit der Frage, ob diese nun nach drei Jahrzehnten das Los der Menschen dort unter dem hier erörterten Fokus Generation, Wissen und Freiheit verbessert hat.

Dr. Wolfgang G. Schwanitz, geb. 1955, ist Arabist und Nahost-Historiker; er lehrt am Burlington County College in New Jersey. Zuletzt gab er heraus „Germany and the Middle East“ (Princeton 2004) und „Deutschland und der Mittlere Osten“ (Leipzig 2004).

## Hoch die Internationale

Die Vernetzung der Muslimbruderschaft seit den zwanziger Jahren

von Martin Riexinger

Johannes Grundmanns Studie über die Vernetzung der Muslimbruderschaft und der Islamischen Weltliga ergänzt die Forschungen zur internationalen Vernetzung radikaler Islamisten, wie sie etwa Guido Steinberg mit „Der nahe und der ferne Feind“ vorgelegt hat (vgl. *Internationale Politik* 11/2005, S. 132). Das Interesse am Terrorismus hat die Tatsache etwas aus dem Blick verdrängt, dass die Verbreitung der islamistischen Ideologie keineswegs primär mit Gewalt vorangetrieben wurde. Ausschlaggebend waren vielmehr beharrliche organisatorische Arbeit und die Unterstützung durch Saudi-Arabien. Die 1928 in Ägypten gegründete Muslimbruderschaft gründete bereits in den folgenden beiden Jahrzehnten Ableger in den benachbarten arabischen Staaten. Gleichwohl wurde erst 1981 die „Internationale Organisation“ der Muslimbrüder offiziell gegründet. Schon früh kam es zu Spannungen, da die Ägypter die Führung beanspruchten; anderen, vor allem dem sudanesischen islamistischen Vordenker Hasan at-Turabi, schwebte dagegen die Idee einer Koordinationsstelle gleichberechtigter islamischer Organisationen vor. Er nutzte später seine politische Stellung im Sudan, um ein eigenes radikaleres Netzwerk zu gründen. Weil die Mitglieder politische Konflikte im jeweiligen nationalen Kontext betrachteten, ergaben sich weitere politische Differenzen, welche die Aktionsfähigkeit der „Internationalen Organisation“ erheblich behinderten. So verlangten 1990 die kuwaitischen Muslimbrüder, dass die Internationale Organisation den Einmarsch Saddam Husseins in ihr Heimatland verurteilte, während die Jordanier den Dikta-

tor aus Bagdad deswegen feierten und schließlich vom Führungsgremium unterstützt wurden, was den Auszug der finanziell nicht unwichtigen Kuwaitis zur Folge hatte.

Machtpolitisch konnten sich die Muslimbrüder in ihren jeweiligen Heimatländern nicht durchsetzen, ihnen gelang es jedoch, ein erfolgreiches Finanzsystem einzuführen und unter den arabischstämmigen Muslimen in Europa Einfluss zu gewinnen. Gerade dabei spielte die Zusammenarbeit mit der 1962 unter saudischer Ägide gegründeten Islamischen Weltliga eine wichtige Rolle. Auf internationaler Ebene verbreitet diese Organisation durch Publikationen, die Förderung von Moscheen und Wohltätigkeitsvereine ein Saudi-Arabien genehmes Islamverständnis. Nach dem 11. September sah sich die saudische Regierung gezwungen, ihre Förderung von Weltliga und Muslimbrüdern zu überdenken, da einige Unterorganisationen von westlichen Regierungen der Nähe zu terroristischen Netzwerken geziehen wurden. Die Demokratiefähigkeit der Muslimbrüder beurteilt Grundmann im Gegensatz zu vielen Islamwissenschaftlern und Nahost-Experten äußerst skeptisch, weil das Innenleben der Organisation „undurchsichtig und autoritär strukturiert“ sei. Wenngleich Grundmanns Arbeit auf ausgiebiger Quellenlektüre und Feldforschung beruht, verweist er selten auf Quellen. Für den Fachmann, der seine Argumente überprüfen oder vertiefen will, ein erheblicher Nachteil.

Dr. Martin Riexinger, geb. 1968, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für Arabistik/Islamwissenschaft an der Universität Göttingen.



**Johannes Grundmann:**  
*Islamische Internationalisten. Strukturen und Aktivitäten der Muslimbruderschaft und der Islamischen Weltliga.*  
Ludwig Reichert, Wiesbaden 2005.  
128 Seiten,  
€ 9,90.

## Frankreich und die deutsche Vereinigung

Warum Mitterrand aus Rücksicht gegenüber Gorbatschow zögerte

von Karl Kaiser



**Frédéric Bozo:**  
*Mitterrand, la fin de la guerre froide et l'unification allemande. De Yalta à Maastricht.*  
Odile Jacob, Paris 2005.  
518 Seiten, € 29.

Der Literatur über das Ende des Ost-West-Konflikts und Deutschlands Vereinigung hat Frédéric Bozo eine neue Pflichtlektüre hinzugefügt. Kritische Studien, nicht zuletzt die wenig seriösen, aber politisch wirksamen Darlegungen von Jacques Attali aus dem Umkreis der Mitterrandschen Mitarbeiter, hatten die französische Politik in ein kontroverses Licht gerückt: Mitterrand habe die Vereinigung zu bremsen oder gar zu hintertreiben versucht, und die französische Außenpolitik sei damals von den internationalen Entwicklungen überrannt worden und habe sie nicht zu beeinflussen vermocht.

Die hervorragend recherchierte Studie von Bozo, die zum Teil auf bisher nicht ausgewerteten Quellen beruht, bringt nicht nur Klarheit in diese Vorwürfe, sondern verschafft neue Einblicke in die französische Politik dieser Zeit. Sie ist deshalb auch aufschlussreicher als die bisher vorliegenden Untersuchungen (insbesondere die Arbeit von Tilo Schacht „Wie Weltpolitik gemacht wird. Frankreich und die deutsche Einheit“, Stuttgart 2002), greift auch weiter, da sie die Mitterrandschen Konzeptionen, Erfolge und Misserfolge beim Versuch der Beeinflussung der damals ablaufenden Veränderungen des internationalen Systems herausarbeitet und die deutschlandbezogene Strategie als deren Teil behandelt.

Was stimmt nun am Vorwurf der Abbremsung des Prozesses der deutschen Vereinigung? Bozo stellt nicht nur fest, dass auch nach der Durchforstung von erheblichen Aktenbergen hierfür nirgendwo ein Anhaltspunkt zu finden war, sondern er greift auf drei Themenkomplexe zurück, die den Vorwurf widerlegen und die Miss-

verständnisse erklären, die in diesem Zusammenhang entstehen konnten.

Da ist einmal die bemerkenswerte Kontinuität zwischen der Politik Mitterrands und de Gaulles, der das „System von Jalta“ immer abgelehnt und die Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands als „das normale Schicksal des deutschen Volkes“ (Pressekonferenz vom 25.3.1959) bezeichnet hatte. Die Einheit konnte nur als Resultat der Wiederannäherung und Vereinigung der beiden Teile Europas zustande gebracht werden. (Diese de Gaullesche Konzeption prägte bekanntlich die gleichgerichtete Grundorientierung der Ostpolitik Willy Brandts, die ihrerseits von der Regierung Kohl/Genscher fortgeführt wurde.) Mitterrand formulierte hierfür genau die gleichen Rahmenbedingungen wie schon vorher de Gaulle: friedliche Umsetzung, Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, Verzicht auf ABC-Waffen, Schaffung eines gesamteuropäischen Rahmens, Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit. Auf diese Weise entstand, so Bozo, die „Legende“, dass Frankreich die Vereinigung der Deutschen, deren Handlungsspielraum ohnehin geringer war als viele annahmen (vor allem der der Zweifler an der Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze), in eine Art Zwangskorsett pressen wollte, das dann als prinzipieller Widerstand gegen die Vereinigung gedeutet wurde.

Davon zu unterscheiden ist nach Bozo das verständliche Zögern Mitterrands, deutscher als die Deutschen zu sein, die auf der Regierungsebene von der Dynamik der Entwicklung ebenfalls überrascht wurden, sie sogar als potenziell gefährlich betrachteten. Deshalb zögerte er, vor allem in der

frühen Phase, entweder beschleunigend oder verlangsamend irgendetwas zu tun, und verzichtete deshalb auch darauf, frühe Erklärungen abzugeben oder gar bei der Öffnung des Brandenburger Tores mit dabei zu sein.

Ein zweites Handlungsmotiv prägte die Mitterrandsche Politik: das Ziel, um jeden Preis Gorbatschow und seine Politik zu stützen, d.h. alles zu vermeiden, was seinen Widersachern in Moskau helfen könnte. In dieser Hinsicht dachte Mitterrand nicht anders als George Bush und Helmut Kohl. Bozo identifiziert einen daraus entspringenden Attentismus der französischen Politik: abwarten, bis klar war, dass Gorbatschow zustimmte oder ihm nicht geschadet werden konnte, damit dem übergeordneten Ziel der Mitterrandschen Strategie, der Überwindung Jaltas, gedient wurde. Daraus konnte dann leicht eine bremsende oder widerstrebende Haltung zur deutschen Vereinigung konstruiert werden.

Die Rücksichtnahme auf Gorbatschow hatte jedoch noch eine andere Konsequenz auf der Ebene des europäischen Staatensystems. Bozo zeigt, wie die französische Politik mit allen Kräften die amerikanischen Bemühungen zu konterkarieren versuchte, die NATO zu reformieren und ihr eine neue politische Orientierung zu geben. Ganz in der Tradition de Gaulles versuchte Frankreich, das Prinzip durchzusetzen, die Allianz bei ihren militärischen Leisten bleiben zu lassen. Am Ende musste es jedoch nachgeben und einer Reform der NATO zustimmen, weil nur so Russland die Entlassung der DDR in das Bündnis zugemutet werden konnte, ohne dass Gorbatschow gefährdet wurde. Da bis zum heutigen Tage der Widerstand gegen eine weitere Ausdehnung der politischen Aufgaben des Bündnisses wesentlicher Bestandteil französischer NATO-Politik geblieben ist, bleibt es ein Kuriosum,

dass die Zustimmung Frankreichs zur Neuausrichtung der NATO maßgeblich der Rücksichtnahme auf Gorbatschow zu verdanken ist.

Das nach Auffassung Bozos wichtigste Handlungsmotiv Mitterrands war jedoch die sein außenpolitisches Denken beherrschende Europa-Konzeption und in ihrem Zentrum das deutsch-französische Verhältnis. Hierin liegt wohl die interessanteste und ergiebigste Dimension dieses Buches, die sich durch die gesamte Untersuchung hindurchzieht. Bozo zeichnet anschaulich die internen französischen Diskussionen und Entscheidungen nach, die zu jenem bemerkenswerten Zusammenspiel zwischen Kohl und Mitterrand führte – zwar nicht ohne Schwierigkeiten, doch letztlich als neubelebter deutsch-französischer Motor einer Entwicklung, die zum Maastrichter Vertrag, insbesondere seiner Wirtschafts- und Währungsunion, führte.

Bozos Untersuchung hilft, die bis heute wirksamen Grund- wie auch Konfliktlinien der französischen Politik in den europäischen und transatlantischen Beziehungen zu verstehen. Frankreichs heutiger Widerstand gegen eine globale Neuorientierung der NATO lässt sich bis zu Mitterrands und de Gaulles Politik zurückverfolgen. Chiracs Fehleinschätzung der Bindung der zentraleuropäischen Staaten an die USA in der Kontroverse über den Irak-Krieg hat ihren Vorläufer, als Mitterrands Grand Design einer europäischen Konföderation u.a. am Wunsch der neuen Demokratien scheiterte, engere Beziehungen zum Westen und damit insbesondere zu den USA zu pflegen. Dieser hervorragenden Studie kann man nur eine deutsche Ausgabe wünschen.

Prof. Dr. Karl Kaiser, geb. 1934, ist Ralph I. Straus Visiting Professor an der Harvard University, Cambridge, MA.